

Abmümmen Konfirmation

XXIX A B zwischen der Engerthstraße und dem Handelskai gegenüber dem neuen Speicher des Lagerhauses der Stadt Wien, erläutert an der Hand der Pläne eingehend das Projekt und beantragt, die bezüglichen Beschlüsse des Stadtrates vom 8. d. M.*) zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankt dem Bau-Direktor für die Erstattung des Referates und führt aus, daß die Schaffung eines Kühl- und Gefrierhauses die erste Voraussetzung sei für das Eingreifen der Gemeinde in die Fleischapprovisionierung, denn die gegenwärtig bestehenden Kühlanlagen seien ungenügend.

Gem.-Rat Steiner erklärt, das Referat mit wärmstem Dank zur Kenntnis zu nehmen. Die Großzügigkeit der Anlage verspreche ein Werk, das der Stadt zur Ehre gereichen werde. Weiters danke er dem Bürgermeister, daß er mit seiner bekannten Energie diese Angelegenheit in so kurzer Zeit erledigt habe. Die Donauregulierungs-Kommission, welcher er als Vertreter der Gemeinde Wien angehöre, habe den Grund sofort der Gemeinde übergeben. Bezüglich des Preises bemerke er, daß der Gemeinde ein 20prozentiger Nachlaß gewährt werde. Der Kaufschilling sei in 20 Jahresraten abzustatten, wobei die Gemeinde das Recht habe, nach ihren finanziellen Verhältnissen die Gesamtzahlungszeit abzukürzen.

Der Stadtrats-Beschluß bezüglich des Projektes wird sodann zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht weiters eine vertrauliche Mitteilung über den Ankauf von Fleisch aus neutralen Staaten. Das Agentenunwesen bei den Mehlankäufen in Rumänien habe ihn bestimmt, vorzuschlagen, beim Fleischeinkaufe einen einheitlichen Weg einzuschlagen. Es sei mit der Zentral-Einkaufsgesellschaft (Z. E. G.) in Berlin ein Übereinkommen wegen gemeinsamen Einkaufes getroffen worden, dem sich auch die Stadt Budapest angeschlossen habe. Er habe auch die Genossenschaft der Wiener Fleischhauer, sowie die Großschlächtereie-Aktiengesellschaft zum Beitritte eingeladen. Nach diesem Übereinkommen würden für die Gemeinde wöchentlich 1100 Rinder- viertel Kühlfleisch (frisches Fleisch) und 1080 Rinder- viertel Gefrier- fleisch nach Wien kommen. Weiters werden in einem Berliner Gefrierhaus für die Gemeinde Wien zirka 100.000 kg Schweine- fleisch wöchentlich eingelagert, welches über jeweilige Abberufung zur Verfügung stehe. Das mit der Zentral-Einkaufsgesellschaft getroffene Übereinkommen gelte vorläufig für drei Monate bis Oktober und sei dann 14tägig kündbar. Eine Verpflichtung zur Fleischabnahme bestehe nicht. Der Bezug von Fleisch kann acht- tägig nach vorheriger Anzeige eingestellt werden. 12 Waggons Kühlfleisch seien bereits in Wien eingelangt. Die Ware sei sehr gut konserviert und von sehr guter Mittelqualität. (Zwei Drittel Kuh-, ein Drittel Ochsenfleisch.) Mit diesem Fleische sind zum Teile die städtischen Anstalten versorgt worden, der Rest sei in der Großmarkthalle zum Preise von durchschnittlich 3 K 60 h per Kilogramm verkauft worden, hoffentlich werde sich die Sache einleben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht hierauf die Mehlf Frage und führt aus, daß er bisher nichts Authentisches über die seitens der Regierung in dieser Angelegenheit zu treffenden Maßnahmen erfahren konnte.

Die Regierung scheine sich nicht im Klaren zu sein, was sie ver- fügen werde, das Verhältnis zu Ungarn sei noch nicht geklärt. Er habe im Wege der Verhandlungen des österreichischen Kriegsministeriums mit dem preußischen Kriegsministerium 1000 Waggons Mehl erhalten, die ab 1. August 1915 ausgegeben werden. Dieses Mehl reiche für den August. Er habe sowohl dem Minister- präsidenten, wie dem Minister des Innern und der Kriegsgetreide- Verkehrsanstalt das Mehlpäliminare der Gemeinde mitgeteilt. Dieses sei jetzt größer, da nun auch die Firma Mendl, die bisher aus eigenen Vorräten schöpfe, in zirka acht Tagen mit ihren Vorräten fertig sei. Wien beanspruche demnach zirka 54 Waggons pro Tag, das sind 20.000 Waggons im Jahre. Eine Relation zwischen Weizen und Roggen habe er nicht an- geben können. Er schlage vor, an die Regierung eine Petition zu richten, die folgende Forderungen zu enthalten habe:

1. Daß die Verordnung über das derzeitige Mischungs- verhältnis aufgehoben und die Verwendung von Surrogatmehlen (Mais u. a.) ausgeschaltet werde,
2. daß billigere Höchstpreise für Brotmehl festgesetzt werden,
3. daß die niederösterreichische Getreideproduktion aus- schließlich für Niederösterreich und Wien zukomme und
4. daß ein ausreichendes Kontingent an Edelmehl ungaris- cher Provenienz der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt werde, so daß damit das Auslangen gefunden werden könne.

Über die Art der Vermahlung seien zwei Vorschläge erstattet worden. Der Vorschlag der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt gehe dahin, aus Weizen nur zwei Mehltypen herzustellen, und zwar 30 Prozent Backmehl und 48 Prozent Brotmehl, wobei sich 22 Prozent Kleie und Futtermehl ergeben würden. Von unga- rischer Seite wurde vorgeschlagen, 15 Prozent Backmehl, 25 Prozent Kochmehl und 40 Prozent Brotmehl auszumahlen. Die 15 Prozent Backmehl sollen im Preise höher eingestellt werden, damit die 40 Prozent Brotmehl billiger abgegeben werden können. Er sei für den ersten Vorschlag, da bei drei Typen die Gefahr eines Mißbrauches größer sei.

Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt werde den Preis für die Mehltypen festsetzen. Er glaube, daß unter Beibehaltung der Brot- karte mit der neuen Ernte das Auskommen gefunden werde und die Surrogatmehle verschwinden werden können.

Gem.-Rat Dr. Hein findet die Vorschläge des Herrn Bürgermeisters zweckmäßig; Wien habe vor allem ein Anrecht auf die Produktion von Niederösterreich. Weiters fragt Redner, wie groß die Mehlvorräte der Gemeinde derzeit seien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß gegenwärtig 400 Waggons Edelmehl lagern, dazu kämen noch die 1000 Waggons aus Deutschland, von denen bereits 300 Waggons angeliefert worden seien. Gegenwärtig erhalten die Bäcker zur Brot-Erzeugung 25 Prozent Roggen, 25 Prozent Weizen und 50 Prozent Mais, doch werde leider mit dem Edelmehl vielfach Unfug getrieben. Vor kurzem habe ein Großhändler Edelmehl von den Wiener Bäckern in Säcken aufgekauft, die noch die Plombe von der Schoellermühle aufwiesen, dieses Mehl sei dann an der Börse verkauft worden. Die marktämtlichen Untersuchungen über die Einhaltung des vorgeschriebenen Mischungsverhältnisses bei der Brot-Erzeugung seien äußerst strenge. Er habe auch bei Nichteinhaltung dieses Mischungsverhältnisses den Bäckern die Entziehung des Mehles angedroht.

*) Siehe Amtsblatt Nr. 57, Seite 1071.